

# Aus dem Hessischen Landtag

24.05.2016

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

## Hessentag

Die Landtagsfraktion der hessischen GRÜNEN tagte am 24. Mai öffentlich im Rathaus Herborn. Als Gäste begrüßten wir einen PoWi-Kurs des Johanneum-Gymnasiums, Vertreter\*innen des hessischen Jugendrings, das Hessentagspaar, den Bürgermeister Hans Benner sowie Vertreter\*innen der Freiwilligen Feuerwehr.



An die Fraktionssitzung schloss sich eine lebhafte Diskussion über aktuelle politische Themen unter reger Beteiligung der Schüler\*innen an.

## Planspiel Petitionsausschuss im Johanneum-Gymnasium



Schülerinnen und Schüler des Johanneum Gymnasiums hatten am Montag die Gelegenheit, eine Sitzung des Petitionsausschusses durch-zuspielen.

Zur Beratung standen fünf Petitionen, die in kleinen Gruppen mit den Abgeordneten vorbereitet wurden. Danach hielten die Schüler\*in eine Ausschusssitzung ab, in der sie die Anliegen der Petenten vortrugen, die Sach- und Rechtslage erläuterten und am Ende einen Beschluss fassten.

Das Planspiel war vom Referat Petitionen super vorbereitet worden und hat riesigen Spaß gemacht.

---

## Kommunaler Schutzschirm eine Erfolgsgeschichte

Die neuesten Ergebnisse der 100 Kommunen, die 2012 besonders finanzschwach waren und deshalb dem hessischen Schuttschirm beitraten, dokumentieren eine Erfolgsgeschichte. Diese Ergebnisse sind zu allererst das Verdienst der disziplinierten Haushaltspolitik in den Kommunen. Über 90 Prozent der Kommunen haben die vereinbarten Ziele erreicht oder liegen sogar noch darüber. Die 100 Kommunen haben in 2015 in der Summe einen Überschuss von rund 20 Millionen Euro erwirtschaftet. Damit haben sie 300 Millionen Euro mehr Defizite abgebaut als geplant. Als Folge können voraussichtlich acht Kommunen bald aus dem Schuttschirm entlassen werden. Der Dreiklang aus Schuttschirm, KFA und Kommunalem Investitionsprogramm hilft beim Abbau der Altschulden, garantiert die Finanzierung der laufenden Ausgaben und ermöglicht Zukunftsfähigkeit durch Investition. Bei allen drei Paketen unterstützt und berät das Land die Kommunen, die das Angebot freiwillig annehmen können.



Bildquelle: Rainer Sturm/pixelio.de

[weiterlesen...](#)

### **Interkommunale Zusammenarbeit im Vogelsberg mit € 600.000 gefördert**

Kleine Verwaltungen stehen bereits heute durch ständig steigende gesetzliche Anforderungen vor erheblichen Herausforderungen. Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit soll die Verwaltung zukunftsfähig gemacht werden. Gleichzeitig sollen alle maßgeblichen Entscheidungen nach wie vor dezentral durch die Gremien vor Ort getroffen werden.



Der Anfang 2016 gegründete **Gemeindeverwaltungsverband Feldatal-Grebenau-Romrod-Schwalmtal** ist der erste Verband in Hessen, der von vier Gemeinden gebildet wurde und von dem alle Verwaltungsaufgaben der Mitglieder erfüllt werden. Ein Zusammenschluss dieses Umfangs ist bisher einzigartig in Hessen und wird vom Land **mit 600.000 Euro gefördert**. Einen entsprechenden Bescheid übergab Innenminister Peter Beuth im April an die Vertreter\*innen der vier Gemeinden (*siehe Bild*).



Der Zusammenschluss umfasst 10.500 Einwohner und 28 Ortsteile. Er sorgt dafür, dass die Gemeinden auf Augenhöhe unter Beibehaltung der kommunalen Eigenständigkeit kooperieren. Trotz der Veränderung

der Verwaltung können Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger weiter vor Ort erbracht werden.

Weitere Informationen finden Sie hier:

[ikz-hessen.de](http://ikz-hessen.de)

[kulturverein-storndorf.de](http://kulturverein-storndorf.de)

## **Grundschulen sind die klaren Gewinner dieser Legislaturperiode**

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont die klare politische Schwerpunktsetzung zugunsten der Grundschulen. Allein seit dem Schuljahr 2012/13 sind rund 400 Stellen zusätzlich für die Ausweitung des Ganztagsschulprogramms und die Lehrerzuweisung nach Sozialindex geschaffen worden. In den kommenden Schuljahren werden weitere Stellen in beträchtlichem Umfang hinzukommen. Allein das Ganztagsschulprogramm wird jedes Schuljahr mit 230 Stellen ausgeweitet. Mit dem Pakt für den Nachmittag wird schrittweise allen Grundschulen ermöglicht, ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr anzubieten. Zum kommenden Schuljahr ist bereits die Hälfte aller Schulträger mit über 120 Grundschulen beim Pakt dabei.



[weiterlesen...](#)

## **Milch darf nicht verramscht werden**

Die derzeit extrem niedrigen Milchpreise sind existenzbedrohend für viele Milchbäuerinnen und Milchbauern in Hessen. Bereits im Sommer 2015 hatten GRÜNE Agrarministerinnen und -minister gemeinsame Forderungen nach wirksamen Steuerungsinstrumenten auf dem Milchmarkt vorgestellt, mit denen der Preis im Bedarfsfall beeinflusst werden kann. Sie sehen eine Stärkung der regionalen Vermarktung von Milch und Milchprodukten vor. Im Februar forderten die



Bildquelle: Timo Klostermeier / pixelio.de

Agrarministerinnen und -minister ein Sofortprogramm Milch, um das Überangebot an Milch zu drosseln. Vor allem die großen Discounterketten setzen die Erzeuger und Verarbeitungsbetriebe immer weiter unter Druck. Landwirtinnen und Landwirte brauchen faire Preise für ihre Milch, damit sie in eine gesicherte Zukunft blicken können. Von weniger als 20 Cent für einen Liter Milch kann kein Landwirt leben. Der stetig zunehmende Preisverfall schadet allen, auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern.

[weiterlesen...](#)

## **Hickhack um Glyphosat - ist der Spuk bald vorüber?**

Vielleicht hat sich der Protest von Umweltverbänden, die schon seit langem ein Verbot des Totalherbizides Glyphosat fordern, am Ende doch gelohnt. Denn nachdem es lange Zeit so aussah, als würde die im Juni dieses Jahres auslaufende Genehmigung des Mittels mit Unterstützung der Bundesregierung auf europäischer Ebene kurzerhand verlängert, ist seit Kurzem wieder alles offen. Grund dafür: die Koalitionsfraktionen in Berlin kommen in der Bewertung auf keinen gemeinsamen Nenner. Das Mittel steht im Verdacht, Krebs zu erregen. und passend zur aktuellen Diskussion auf europäischer Ebene wurde Glyphosat in Bier, Wein und Hygieneartikeln nachgewiesen. Letzteres war bei Proben des Hessischen Landeslabors ans Licht gekommen. Auch in Muttermilch wurde das Mittel schon nachgewiesen, das haben von den Grünen veranlasste Untersuchungen ergeben. Kein Wunder, schließlich wird das Mittel seit vielen Jahren nicht nur auf öffentlichen Flächen und entlang von Bahnschienen sondern auch in der Landwirtschaft beherzt eingesetzt und findet so vor allem Eingang in Baumwoll- und Getreideprodukte jeglicher Art.



Neben der Frage, ob Glyphosat nun tatsächlich als krebserregend einzustufen ist - und wenn ja ab welcher Dosis - bringt der Einsatz des Mittels aber noch ein ganz anderes Problem mit sich, das inzwischen wissenschaftlich nachgewiesen ist: Indem es alle Wildkräuter zunichtemacht, die auf und nahe des Ackers blühen und gedeihen, hat es fatale Auswirkungen auf die Biodiversität und forciert das Artensterben.

Natürlich gibt es aus landwirtschaftlicher Sicht auch gute Gründe für den Einsatz des Mittels, doch aufgrund seiner extremen Wirkungskraft ist die punktgenaue, sparsame und professionell durchgeführte Anwendung dringend erforderlich.

Wie soll man aber nun mit einer solchen Situation umgehen? Einerseits bleibt die tatsächliche Gefährdung für die Gesundheit ungeklärt, andererseits bestehen wirtschaftliche Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe. Einen guten Weg hat hier die schwarzgrüne Koalition in Hessen gefunden. Landwirtschaftsministerin Priska Hinz erklärte dazu im Hessischen Landtag, dass das Land immer gut damit gefahren sein, sich am so genannten Vorsorgeprinzip zu orientieren. Das heißt: Im Zweifelsfall auf Nummer sicher gehen. Dementsprechend haben wir in Hessen da, wo das Land über eine Zuständigkeit verfügt, die Anwendung von Glyphosat konsequent eingeschränkt und verboten. Auf vielen Freiflächen im öffentlichen Raum, wie etwa Friedhöfen, wurde die pflanzenschutzrechtliche Genehmigungsmöglichkeit in Hessen bereits 2014 stark eingeschränkt.

Wir dürfen gespannt bleiben, wie es in der Auseinandersetzung um Glyphosat nun weitergeht. Denn auch die EU drückt sich derzeit um eine Entscheidung, wie die dpa unter der treffenden Überschrift "Glyphosat-Drama" zusammengefasst hat: "In der Glyphosat-Frage hat die EU-Behörde alle Register gezogen, um sich vor der unliebsamen Verantwortung zu drücken: Sie hat die EU-Staaten nicht formell abstimmen lassen - nach zwei ergebnislosen Abstimmungen nämlich läge die Entscheidung bei ihr. Falls die geltende Zulassung nicht von den EU-Staaten verlängert wird oder ein neuer Vorschlag für die Neuzulassung doch noch die nötige Mehrheit findet, könnte die EU-Kommission die aktuelle Genehmigung nur noch auslaufen lassen."

---

KURZ NOTIERT:

#### EVA GOLDBACH IN DIE 12. KIRCHENSYNODE BERUFEN



Die Leitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat mich im Einvernehmen mit dem Kirchensynodalvorstand in die Zwölfte Kirchensynode berufen.

Ich bedanke mich für das mir damit entgegengebrachte Vertrauen und freue mich auf einen lebendigen Austausch zwischen Politik und Kirche.

#### INTEGRATION VON FLÜCHTLINGEN IM LÄNDLICHEN RAUM



Die Gemeinde **Laubach (Kreis Gießen)** wurde als eine von sieben Kommunen zur Teilnahme am Modell-vorhaben „Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum“ ausgewählt.



Aufgerufen waren Kommunen mit einer Größe von 5.000 bis 10.000 Einwohnern, die eine negative demografische Prognose haben. Die Entscheidung über die Teilnahme hat eine Jury aus Vertreterinnen und Vertretern des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, des Hessischen Landkreistages, der Servicestelle Vitale Orte 2030 der Hessen Agentur sowie der Fachministerien und der Hessischen Staatskanzlei auf Basis der eingereichten Bewerbungen getroffen. Im Mittelpunkt der mit insgesamt 300.000 Euro dotierten Initiative der Hessischen Staatskanzlei steht die Förderung kleiner, ländlicher Kommunen, die in der Zuwanderung eine Chance sehen, den Folgen des demografischen Wandels zu begegnen.

[Mehr Informationen finden Sie auf der Webseite der Hessischen Staatskanzlei](#)

### **GRÜNE GRATULIEREN MINISTERPRÄSIDENTIN MALU DREYER**

Die hessischen GRÜNEN gratulieren Malu Dreyer sehr herzlich zu ihrer erneuten Wahl zur Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Wir kennen und schätzen Frau Dreyer und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit über den Rhein hinweg. Wir beglückwünschen auch unsere Parteifreundinnen und -freunde in Mainz dazu, dass es ihnen gelungen ist, mit SPD und FDP eine Grundlage dafür zu erarbeiten, dass GRÜNE Anliegen wie die Energiewende, Klimaschutz und ein gerechtes Bildungssystem weiter eine zentrale Rolle in der Politik der Landesregierung spielen werden.

[weiterlesen...](#)

### **GESETZ ZUR MAJESTÄTSBELEIDIGUNG IST NICHT MEHR ZEITGEMÄSS**



Bildquelle: Gerda Müller / pixelio.de

Ein demokratischer Rechtsstaat braucht keinen Paragraphen zur Regelung von Majestätsbeleidigung. Mit der Abschaffung des Paragraphen 103 würde keine Lücke im Strafrecht entstehen. Wer sich beleidigt fühlt, kann weiterhin nach Paragraph 185 des StGB eine Strafverfolgung verlangen. Ebenso gewährleisten das Völkerrecht und die allgemeine deutsche Rechtsordnung den Ehrenschatz von Staatsoberhäuptern, Regierungsmitgliedern und Diplomaten fremder Staaten. Würde es den Paragraphen 103 in Verbindung mit 104a nicht mehr geben, wäre Bundeskanzlerin Angela Merkel viel Ärger beim aktuellen Fall um den Satiriker Jan Böhmermann und den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan erspart geblieben. Böhmermanns Schmähdgedicht wäre nicht zu einem politischen Thema geworden, sondern im juristischen Bereich geblieben, wo es hingehört.

[weiterlesen...](#)